



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION  
SCHLOSSPLATZ 1-3  
65183 WIESBADEN  
TELEFON 0611 350-692  
TELEFAX 0611 350-  
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de  
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

12.12.12

## Pressemitteilung

### **Bodenverkehrsdienste am Flughafen werden nicht dereguliert EU Parlament bremst Kommission aus**

Wiesbaden. Das Landesvorstandsmitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft(CDA) und Abgeordnete des Hessischen Landtags, Sabine Bächle-Scholz freut sich, dass das Europäische Parlament heute den Plänen der Europäischen Kommission die Bodenverkehrsdienste am Flughafen zu deregulieren eine Absage erteilt.

Die Pläne der EU Kommission sahen vor, die Abwicklung der sog. Bodenverkehrsdienste, d.h. der Tätigkeiten auf dem Vorfeld und im Zusammenhang mit der Beladung von Flugzeugen freizugeben. Demnach sollten in Frankfurt nicht nur Fraport und deren Tochterunternehmen diese Arbeiten verrichten dürfen, sondern auch externe Unternehmen sich hierum bewerben können.

Nach ihrem Protest im März, der sich gegen die befürchteten Dumpinglöhne und Sicherheitsbedenken wendete, weist Bächle-Scholz darauf hin, dass auch das von der Kommission vorgetragene Argument der Kostenersparnis sich nicht erhärtet hatte.

„Wie mein Kollege im Europaparlament Michael Gahler (CDU), der sich mit anderen Abgeordneten mehrerer Fraktionen gegen den Plan ausgesprochen hatte, betonte, konnte die Kommission nicht beweisen, dass durch die Deregulierung überhaupt Kosten hätten gesenkt werden können. Vielmehr erhärtete sich die Vermutung, dass durch Reibungsverluste beim Zusammenarbeiten mehrerer Unternehmen, die Kosten sogar gestiegen wären. Jedenfalls, so die Erkenntnisse der europäischen Parlamentarier, hätte der Unterschied nur wenige Euro pro Passagiere betragen können und wäre zweifellos nicht an die Passagiere weitergegeben worden“.

Auch der CDA-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Zimmer begrüßte die Entscheidung auf europäischer Ebene. „Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Die Planung der Kommission war nicht zu Ende gedacht und dies wurde durch die Parlamentarier gesehen und zu Recht kritisiert. Die Arbeitnehmerinteressen wurden in der Planung überhaupt nicht berücksichtigt und es ist ein gutes Zeichen, dass diese Fehlentwicklung gestoppt wurde“.

Bächle-Scholz äußerte abschließend die Erwartung, dass nach der Rückverweisung des Vorschlags in den Verkehrsausschuss dort die Meinung des Plenums entsprechend Berücksichtigung finden werde.